



Hinterländer Anzeiger

Amtliches Bekanntmachungsblatt des Kreises Marburg-Biedenkopf, der Stadt Biedenkopf, der Gemeinde Angelburg und der Gemeinde Steffenberg
Neue Zeitung für das Hinterland und Lahn-Eder-Gebiet · Biedenkopfer Zeitung · Marburger Neue Zeitung

Manuela Schwesig stellt Pläne vor
SPD will Familien entlasten
Politik S. 4

Weniger Hühner in Freilandhaltung
Eier werden vor Ostern knapp
Geld · Märkte · Arbeit S. 7

Kristian Bjørnsen und Kaspar Kvist im Porträt
Skandinavische Flügelzange
Sport aus der Region

Jahrgang 178 · Nr. 93 · www.mittelhessen.de

Dienstag, 4. April 2017

Einzelpreis 1,80 € · freitags und samstags 2,00 €

BONNER BOMBE

Lebenslang für Islamisten

DÜSSELDORF Im Terrorprozess um eine Bombe am Bonner Hauptbahnhof ist der Hauptangeklagte zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Zusätzlich stellte das Düsseldorf Oberlandesgericht am Montag die besondere Schwere der Schuld des 30 Jahre alten Marco G. fest.

Eine Entlassung aus der Haft nach 15 Jahren ist dadurch ausgeschlossen. Drei weitere islamistische Terroristen wurden wegen Beteiligung an einem Mordkomplott gegen einen rechtsradikalen Politiker zu Haftstrafen zwischen neun und zwölf Jahren verurteilt.

Nach mehr als zweieinhalb Jahren Verhandlungsdauer verurteilte der Staatschutzsenat Marco G. im Fall des gescheiterten Bombenattentats wegen versuchten Mordes. Alle vier Angeklagten wurden wegen Verabredung zum Mord und Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt.

Am 10. Dezember 2012 war ein Sprengsatz an Gleis 1 des Bonner Hauptbahnhofs entdeckt worden. Polizisten machten die Bombe mit einem Wassergewehr unschädlich.

Vier Monate später, im März 2013 soll ein nächtliches Mordkommando auf dem Weg zu einem rechtsradikalen Politiker in Leverkusen gewesen sein, als der mit Abhörmikrofonen bestückte Wagen von der Polizei gestoppt wurde. (Inw) MEINUNG UND ANALYSE S. 2



Terror trifft Russland

Viele Tote bei einem Anschlag auf die U-Bahn in St. Petersburg

ST. PETERSBURG In St. Petersburg explodiert eine Bombe, während Präsident Putin zu Besuch ist. Der Anschlag ist eine Herausforderung an den Kreml. Ein mutiger U-Bahn-Fahrer hat wohl Schlimmeres verhindert.

Russlands nördliche Metropole St. Petersburg ist erstmals Ziel eines Bombenanschlags mit mindestens elf Toten und rund 50 Verletzten geworden. Der Sprengsatz explodierte am Montag in einer fahrenden U-Bahn tief unter dem Zentrum der Fünf-Millionen-Stadt. Das staatliche Ermittlungskomitee geht von einem Terroranschlag aus.

Der Anschlag bedeutet auch eine Herausforderung an Präsident Wladimir Putin (Foto). Er war am Montag in seiner Heimatstadt, hielt sich aber nach Angaben seines Sprechers im Vorort Strelina

auf. Dort traf er Weißrusslands Präsidenten Alexander Lukaschenko.

Nach Angaben der Ermittler ereignete sich die Explosion in dem U-Bahnzug auf der Fahrt zwischen den Stationen Sennaja Ploschtschad (Heuplatz) und Technologisches Institut im Zentrum. „Der Maschinist traf die absolut richtige Entscheidung, nicht anzuhalten, sondern bis zu nächsten Station zu fahren, damit den Opfern unverzüglich geholfen werden konnte“, sagte die Sprecherin des staatlichen Ermittlungskomitees, Swetlana Petrenko.

So seien vermutlich Menschenleben gerettet worden. Im Internet machten Bilder des zerstörten U-Bahn-Wagens die Runde.

Nach ersten Erkenntnissen war kein Selbstmordattentäter unterwegs. Videokameras hätten eine Person erfasst, die die Bombe in dem Wagen ablegte, meldete Interfax. Behördenquellen schätzten die Sprengkraft auf 200 bis 300 Gramm TNT.

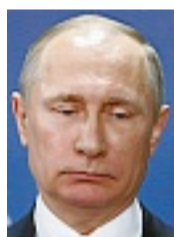
Sprengsatz mit Metallteilen versehen, um die tödliche Wirkung zu verstärken

Der Sprengsatz sei mit Metallteilen versehen gewesen, um die tödliche Wirkung zu verstärken. Ein zweiter Sprengsatz wurde in der Metrostation Ploschtschad Wosstanija (Platz des Aufstands) unter dem wichtigsten Bahnhof der Stadt entdeckt. Spezialisten des Inlandsgeheimdienstes FSB hätten ihn entschärft.

Die Behörden machten im Lauf des Tages widersprüch-

liche Angaben zur Zahl der Toten. Am späten Montagabend war davon auszugehen, dass mindestens elf Menschen getötet wurden. Gesundheitsministerin Weronika Skworzowa sprach außerdem von 47 Verletzten. Viele von ihnen seien schwer verletzt. Putin sprach den Familien sein Beileid aus. Die Sicherheitsbehörden würden die Explosion aufklären, versprach er.

In der Vergangenheit hatte es mehrere Anschläge auf die U-Bahn in Moskau mit zahlreichen Toten gegeben. Die meisten davon wurden in Verbindung mit islamistischen Terroristen aus Tschetschenien gebracht. In St. Petersburg gab es bislang keine Anschläge mit Toten. Die alte Zarenstadt ist ein wichtiges Touristenziel und Hauptspielort des Confed Cups mit Eröffnungsspiel und Finale in gut zwei Monaten. (dpa/Foto: Tass) BLICKPUNKT S. 3



„HAUS & DÜPPERS“

Duo gibt Live-Studio-Konzert

GLADENBACH/AMÖNEBURG Bei einem eher ungewöhnlichen Konzert in Amöneburg waren Fans des Musikerduos „Haus & Düppers“ dabei: Sie durften Studio-



aufnahmen für ein neues Album live miterleben. Zuletzt konnte man das Duo bei der Kundgebung am Freitag erleben (Foto: Tietz). SEITE 9

SACHBESCHÄDIGUNG

Scherben und Graffiti

ANGELBURG/BIEDENKOPF In der Nacht auf Samstag wurden Autoscheiben und Fenster von zwei AfD-Mitgliedern zerstört. Zudem wurde in Biedenkopf ein Anti-AfD-Graffiti gesprüht. Die Abteilung Staatsschutz der Polizei ermittelt nun wegen Sachbeschädigungen. SEITE 9

LAHNTALSCHULE

Solo, Duett und Chöre

BIEDENKOPF Mit einer Neuauflage ihrer „Bunten Stunde“ hat die Lahntalschule Biedenkopf gezeigt, was ihre Schüler stimmlich zu leisten im Stande sind. 100 Kinder und Jugendliche traten auf sowie Musiklehrerin Christina Französischlehrerin Jenny Wege schmetterte (Foto: Vastilgebauer, die ein Duett mit



Christina Wege schmetterte (Foto: Vastilgebauer, die ein Duett mit

HAUSHALT

Neue Koalition stimmt zu

MARBURG Er ist endlich verabschiedet, der Haushalt 2017 für die Stadt Marburg. Mit den Stimmen von SPD, CDU und BfM wurde das Zahlenwerk angenommen. Harsche Kritik gab es wegen der Einsparmaßnahmen vom einstigen SPD-Koalitionspartner, den Grünen. SEITE 15

KREISVERBAND

Vorstandsämter nicht besetzt

DAUPHETAL-FRIEDENSDORF gibt es zwei zeichnungsbe-rechtigte Mitglieder. Die im Vorstand des Kreis-Obst- und Gartenbauverbandes Büro ausgelagert, beschlos-sen die Mitglieder. SEITE 16

TRACHTENTÄNZER

Jubiläum wird vorbereitet

BREIDENBACH Im kommenden Jahr feiert die Trachtentanzgruppe aus Breidenbach ihr 40-jähriges Bestehen. Das wird natürlich entsprechend vorbereitet. In der Jahreshauptversammlung wurden nun schon erste Ideen für Aktivitäten besprochen. SEITE 17

Merkel springt für Pkw-Maut in die Bresche

VERKEHR Kanzlerin hält geplanten Wegezoll „nicht für eine Diskriminierung der ausländischen Autofahrer“

BERLIN Kanzlerin Angela Merkel (CDU) hat die umstrittene Pkw-Maut gegen Kritik aus europäischen Nachbarländern verteidigt.

Die Bundesregierung halte die Maut „nicht für eine Diskriminierung der ausländischen Autofahrer“, sagte Merkel am Montag in Berlin. Deutschland verhalte sich zum Beispiel wie Österreich. „Auch dort hat man gesehen, dass im Umfeld der Einführung der Maut die eigene Bevölkerung nicht massiv höher belastet wird.“ Merkel verwies auf „Maßnahmen für

die eigenen Kraftfahrer“ in Österreich etwa bei der Pendlerpauschale oder der Mehrwertsteuer beim Kauf eines Autos.

Österreichs Verkehrsminister Jörg Leichtfried hat angekündigt, „zeitnah“ rechtliche Schritte gegen die deutsche Maut einzuleiten, die seit Freitag endgültig beschlossene Sache ist. Die Regierung in Wien sieht eine verbotene Benachteiligung ausländischer Fahrer, da nur inländische Autobesitzer für ihre Maut-Zahlungen voll mit einer niedrigeren Kfz-Steuer entlastet werden sollen.



Vollgas für die Maut: Kanzlerin Merkel. (Foto: von Jutrczenka/dpa)

Leichtfried nannte die deutsche Maut „diskriminierend und mit EU-Recht nicht vereinbar“. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) wies die Vorwürfe zurück und attackierte Österreich erneut scharf.

Dobrindt nervt die „Ösi-Maut-Maulerei“

„Irgendwann nervt einfach auch nur diese ständige Ösi-Maut-Maulerei“, sagte Dobrindt. „Es wird Zeit, dass die Österreicher zur Vernunft kommen.“ Der Minister sagte an die Adresse sei-

nes Amtskollegen: „Ich erinnere ihn daran: Er soll sich mal anschauen, wie Österreich die Maut damals eingeführt hat, mit erheblichen Entlastungen für österreichische Autofahrer über die sogenannte Pendlerpauschale. Nichts anderes machen wir heute auch.“

Der Linke-Verkehrsexperte Herbert Behrens kritisierte: „Jemand sollte die Kanzlerin darüber aufklären, dass es in Österreich eben keine vollständige Mautkompensation für Inländer gibt. Das ist der ‚kleine‘ Unterschied mit großen europarechtlichen Konsequenzen.“ (dpa)

MITTELHESSEN.DE



WETZLAR Kurz, prägnant, auf den Punkt: Anders lassen sich Nachrichten auf Twitter gar nicht schreiben, denn sie können maximal 140 Zeichen lang sein. Das Aktuellste aus der Region gibt es für die Follower von @mittelhessende – inzwischen sind es 3474 an der Zahl, und diese wächst täglich.

EXTRA



BÖRSE 03.04. / 21.30 Uhr / zum Vortag

Deutschland	12.257,20	- 0,45%	➔
Euro Stoxx 50	3.472,94	- 0,80%	➔
Dow Jones	20.648,54	- 0,07%	➔

WETTER



HEUTE
15 / 5

MORGEN
12 / 4

KONTAKT

Hinterländer Anzeiger
Abo-Service/Zustellung, Kleinanzeigen:
(0 64 41) 9 59 99
service@mittelhessen.de
Redaktion
(0 64 62) 93 97 15
redaktion.ha@mittelhessen.de
Traueranzeigen:
familienanzeigen@mittelhessen.de

ZEITUNGSGRUPPE

lahndill

